

Die Wirtschaftspolitik der Ampelkoalition: Eine Zwischenbilanz ein Jahr vor der Wahl



Juni 2024

Prof. Dr. Markus Fredebeul-Krein
AACHEN UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES
Fachbereich Wirtschaftswissenschaften

-
- 1. Die wirtschaftliche Situation 1½ Jahre vor der Wahl**
 - 2. 2½ Jahre Wirtschaftspolitik der Ampelkoalition: Eine Zwischenbilanz**
 - 3. Fazit**

1.

Die wirtschaftliche Situation 1½ Jahre vor der Wahl

Koalition setzt trotz Streits viele Versprechen um

- Nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung hatte die Ampelkoalition zur Halbzeit der Legislaturperiode bereits fast zwei Drittel der insgesamt 453 Koalitionsversprechen ihres Koalitionsvertrages entweder umgesetzt oder angepackt.
 - 38 Prozent umgesetzt
 - 26 Prozent mit der Umsetzung begonnen.
- Gleichzeitig zeigen sich nur jeweils etwa ein Viertel der Menschen in Deutschland mit der Arbeit von SPD (25 Prozent), BÜNDNIS 90/GRÜNE (23 Prozent) und FDP (22 Prozent) "sehr oder eher" zufrieden.
- An dieser Situation hat sich bis heute wenig geändert

Worin liegt das Problem?

Die wirtschaftliche Situation 1½ Jahre vor der Wahl

Halbzeitbilanz der Ampel-Regierung

umgesetzt

- Einsetzen einer ressortübergreifenden Steuergruppe für die Umsetzung von Beschleunigungsvorhaben
- Absenkung des Wahlalters bei Europawahlen auf 16 Jahre
- Ausbau europäischer Hochschulnetzwerke
- Etablierung „Nationale Plattform Zukunft des Tourismus“
- Kein generelles Tempolimit
- Festhalten am deutschen Atomausstieg
- Gründung Internationaler Klimaclub
- Erhöhung Mini-Job Grenze auf 520 Euro
- Dauerhafte Sicherung des Rentenmindestniveaus von 48 Prozent
- Bürgergeld anstelle von ALG-II
- Fortsetzung Baukostensenkungskommission
- Verlängerung der Mietpreisbremse bis 2029

Kritik an Koalitionsvorhaben

- Einige Koalitionsversprechen sind **aus der Zeit gefallen** (visafreier Reiseverkehr für junge Russen)
- Arbeitnehmerfreundlich, aber **arbeitgeberfeindlich** (Einführung „Recht auf Homeoffice“)
- **Mehr** statt weniger **Bürokratie** (verbindliche Tierhaltungskennzeichnung)
- Zahlreiche Vorhaben **belasten den Staatshaushalt** in Zeiten knapper Kassen (Steigerung steuerpflichtige Rentenanteil ab 2023 nur noch um einen halben Prozentpunkt)
- Wichtige Koalitionsversprechen sind noch **nicht umgesetzt** (Bürokratieentlastungsgesetz, Bau von 400.000 neuen Wohnungen/Jahr)
- Wenige **finanziell vorteilhafte** Vorhaben für Bürger (Anhebung des Steuerfreibetrages, Erhöhung Sparerpauschbetrag auf 1.000 Euro, BAföG: Erhöhung Freibeträge)
- Teilweise **geringe Relevanz** (Erfassung ökologischer, sozialer und gesellschaftlicher Dimensionen des Wohlstands in Jahreswirtschaftsbericht, Einrichtung eines institutionalisierten Dialogs „Weidetierhaltung und Wolf“, „Zusammenführung Basis- und Bonustopf“ (Ganztagsbetreuung)
- **Gesellschafts- und umweltpolitisch fortschrittlich** aber **wirtschaftsfeindlich** (nationales Artenhilfsprogramms, Bundesprogramms Barrierefreiheit, 2 Einführung 4. Stufe Ausgleichsabgabe für jene, die trotz Beschäftigungspflicht keinen Menschen mit Behinderungen beschäftigen, Aufklärungskampagne zur Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen)

Die wirtschaftliche Situation 1½ Jahre vor der Wahl

Die wirtschaftliche Situation bei Ausbruch der Pandemie 2020



Gute solide Ausgangslage bei Ausbruch der Pandemie

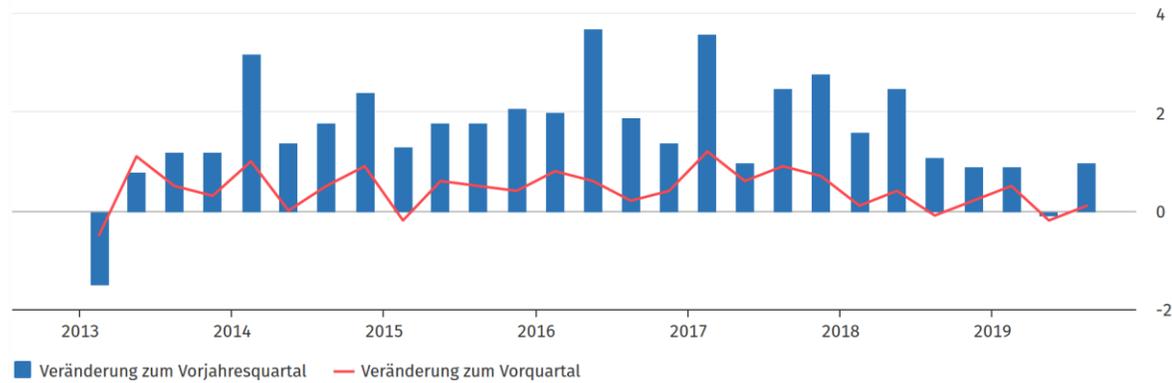
- **Bruttoinlandsprodukt stetig gestiegen.** Das BIP war von 2013 bis 2019 um insgesamt mehr als **13 Prozent** und damit deutlich stärker gestiegen als im europäischen Schnitt.
 - Der **Arbeitsmarkt** zeigte sich sehr **robust**. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (33,6 Mio.) erreichte im Oktober 2019 einen neuen Höchststand und die Arbeitslosenquote betrug **4,8%**, niedrigster Stand seit Wiedervereinigung.
 - Es bestand **keine Gefahr von Inflation**. Im Durchschnitt des Jahres 2019 lag die Inflationsrate in Deutschland bei **1,9 Prozent**. Seit mehreren Jahren war die Inflationsrate deutlich unterhalb des Ziels der EZB von zwei Prozent.
 - **Konsolidierung des Staatshaushalts.** Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte war seit 2012 kontinuierlich zurückgegangen, von 2068 Mrd. € über auf unter 1900 Mrd. € in 2019. **Schuldenstandsquote** von 81% des BIP in 2010 auf **59,8%** in 2019 gesunken.
- **Staatsfinanzen war zu Beginn der Corona-Pandemie auf Rezession und anstehende Aufgaben vorbereitet**

Die wirtschaftliche Situation 1½ Jahre vor der Wahl

Die wirtschaftliche Situation bei Ausbruch der Pandemie 2020

Bruttoinlandsprodukt

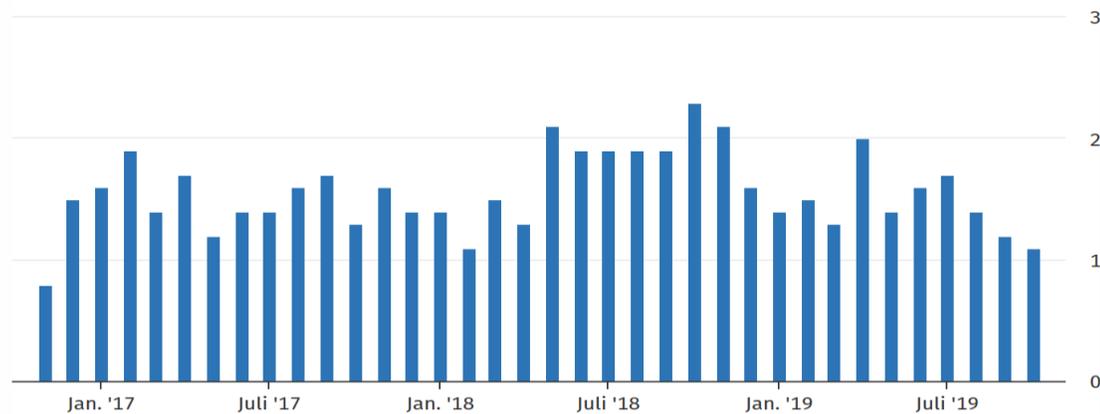
preisbereinigt in %



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2019

Verbraucherpreisindex (2015=100)

Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat, in %

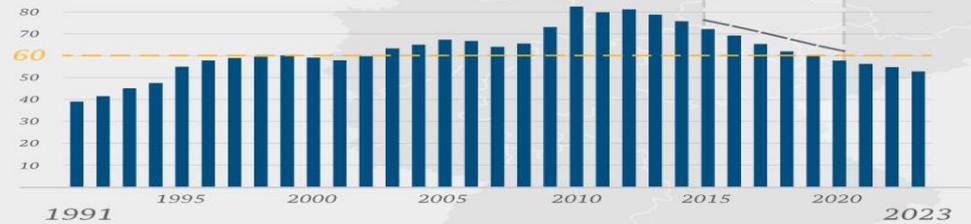


© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2019

Rückgang der Maastricht-Schuldenstandsquote ab 2013

2019 bis 2023: Projektion

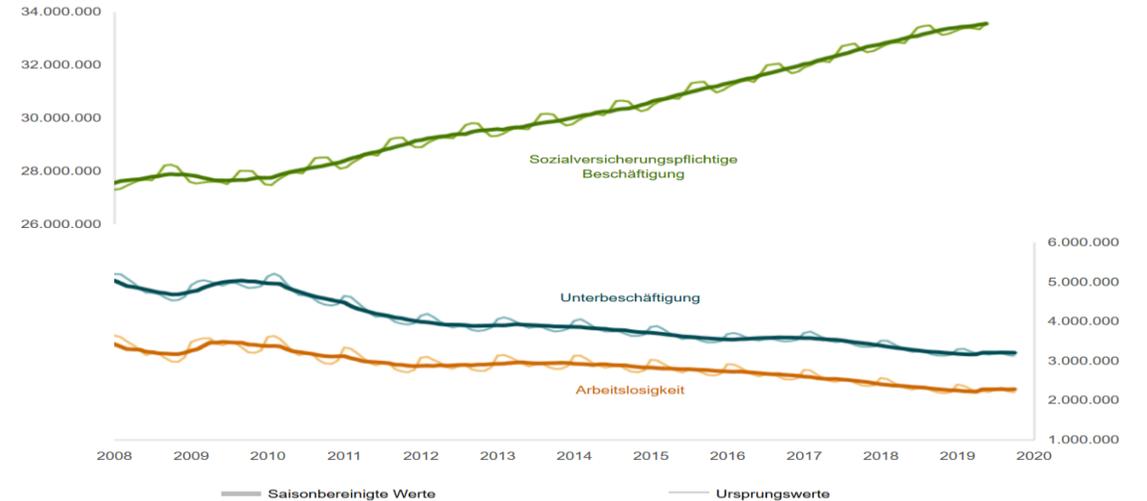
- Maastricht-Schuldenstandsquote 1991-2023
- Maastricht-Schuldenstandsgrenze gemäß 1/20-Regel
- Maastricht-Referenzwert



Datenstand: September 2019
© Bundesministerium der Finanzen

Arbeitsmarkt im Überblick - Zeitreihengrafik

Entwicklung von Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit)



Die wirtschaftliche Situation 1½ Jahre vor der Wahl

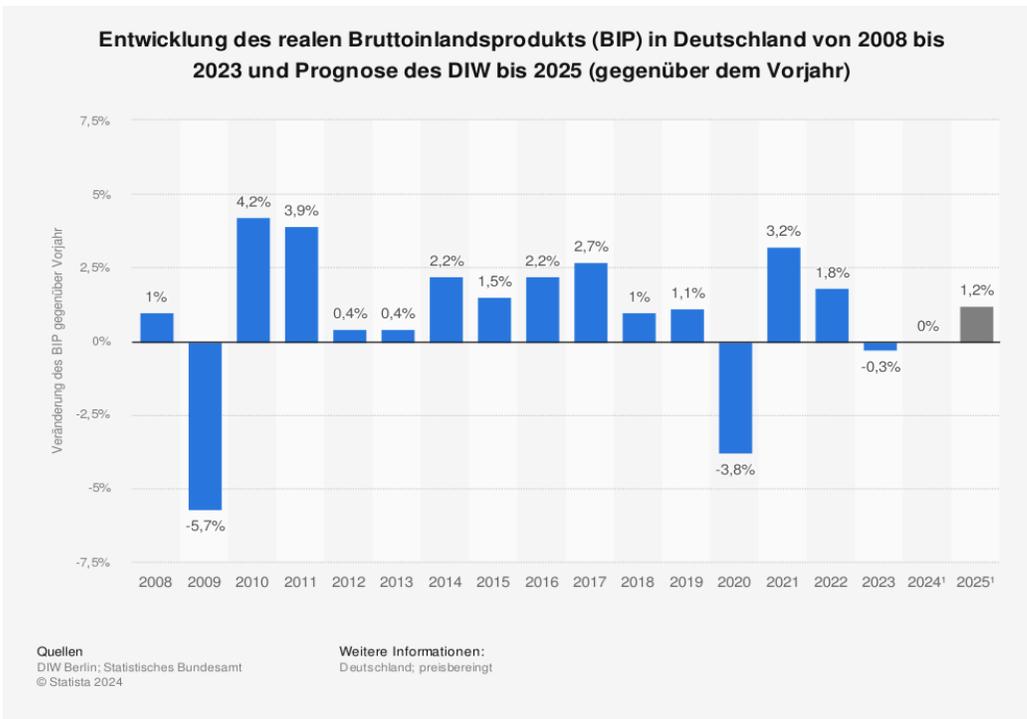
Wirtschaftswachstum stagniert



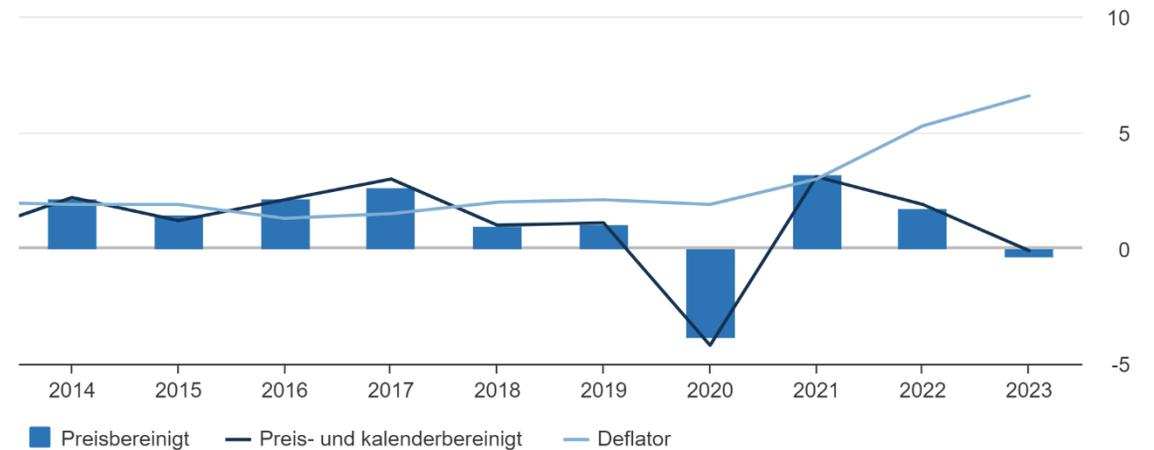
2023 war das BIP-Wachstum mit **-0,3%** negativ und auch für 2024 wird ein **Null-Wachstum** prognostiziert.

Nachdem das deutsche BIP im Jahr 2020 Corona-bedingt um **3,8%** abnahm, stieg es in den Jahren 2021 und 2022 um **3,2%** bzw. **1,8%** im Vergleich zum Vorjahr.

Insgesamt lag das preisbereinigte BIP Ende 2023 lediglich 0,8% über dem BIP im Jahr 2019.



BIP, Veränderung gegenüber Vorjahr
in %



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2019

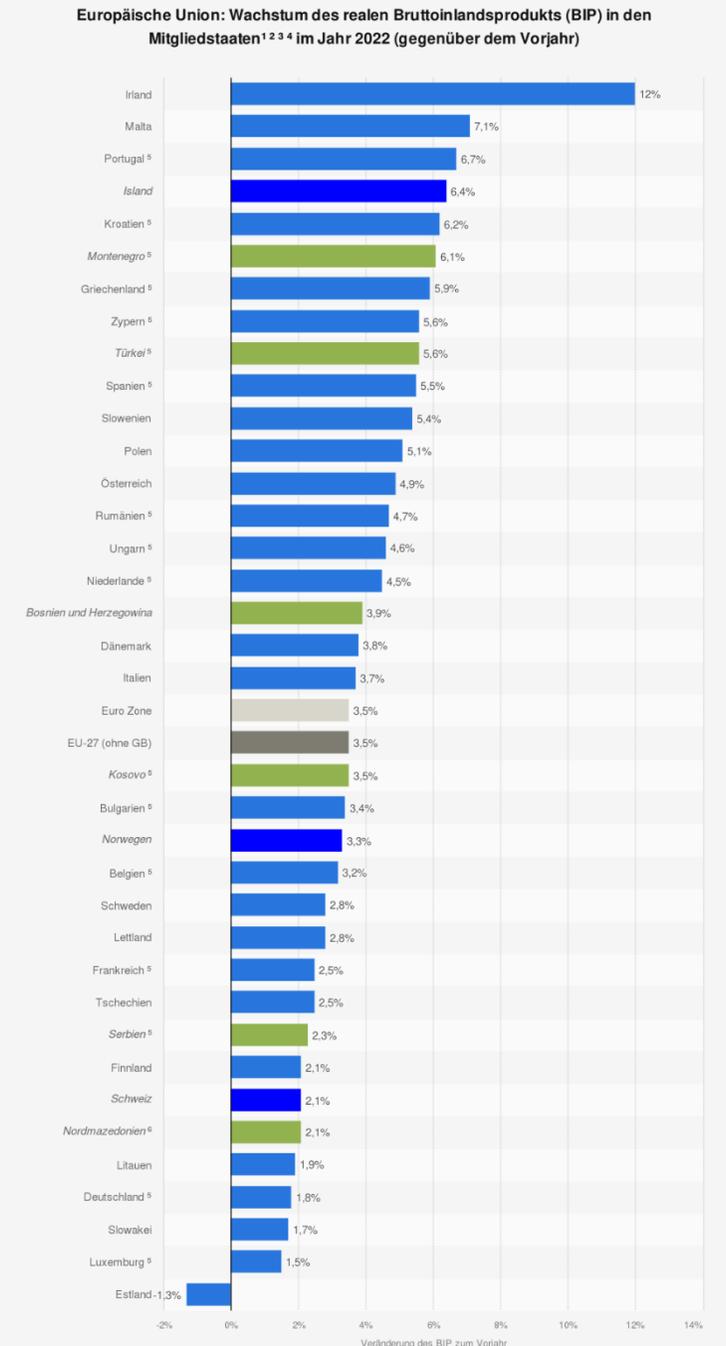
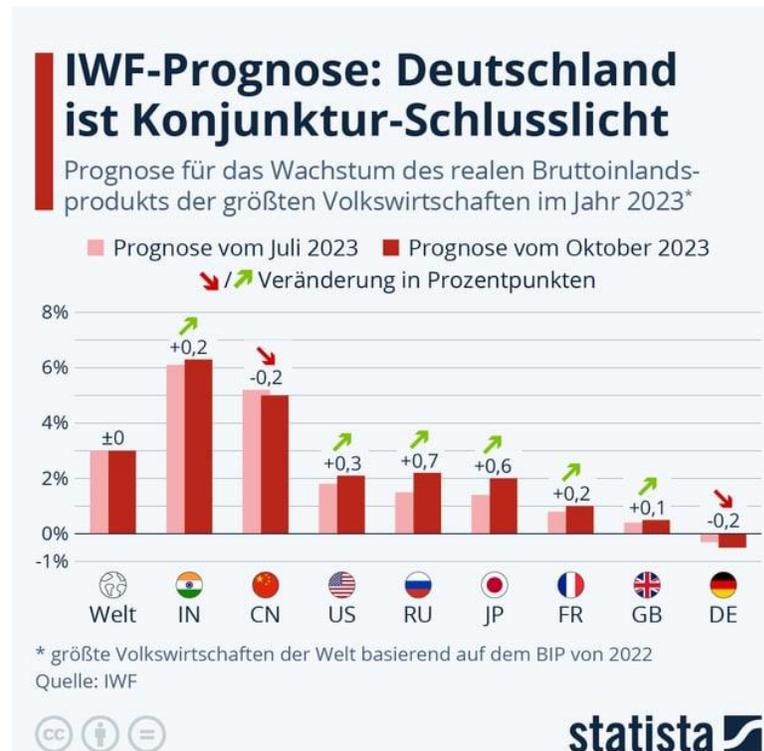
Die wirtschaftliche Situation 1½ Jahre vor der Wahl

Wirtschaftswachstum hinkt im internationalen Vergleich hinterher

Während das reale BIP in der EU-27 2022 um rund 3,5% ggü. 2021 stieg, war das Wirtschaftswachstum in Deutschland nur halb so hoch (viertletzter Platz EU-weit). Auch 2023 erreichte die EU-27 ein positives Wachstum von 0,5% (D: -0,3%).

Die großen Volkswirtschaften Frankreich, Spanien und Italien erreichten all ein positives Wachstum von 1 bis 2%

Auch im weltweiten Vergleich rangiert Deutschland auf den hinteren Plätzen.



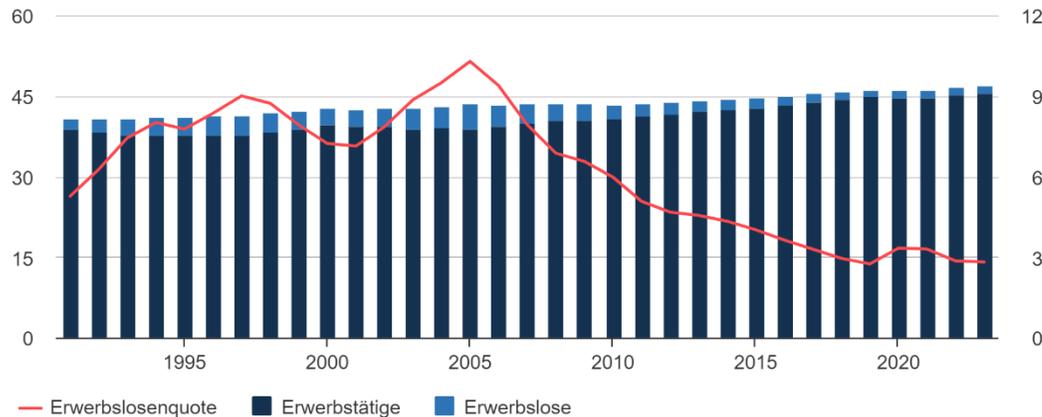
Die wirtschaftliche Situation 1½ Jahre vor der Wahl

Der deutsche Arbeitsmarkt: Gut erholt



Erwerbstätige, Erwerbslose und Erwerbslosenquote

in Mill., bzw. % (rechte Achse)



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2019

Die Zahl der Arbeitslosen ist im April 2024 gegenüber dem Vormonat um 10.000 auf 2.750.000 leicht zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote betrug im 6,0%, und lag damit um 0,3 Prozentpunkte höher als im April 2023. (April 2022 **4,9 Prozent**)

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erreichte im Februar 2024 einen neuen Höchststand: 34,77 Millionen (= + 350.000 ggü. Feb. 2023). Dies entspricht einem Anstieg von 7 Mio. gegenüber 2010 (27,7 Mio.).

Arbeitslosenquote leicht über dem Durchschnitt des Jahres 2022

Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, nicht saisonal bereinigt



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf, Januar 1992 - Mai 2023

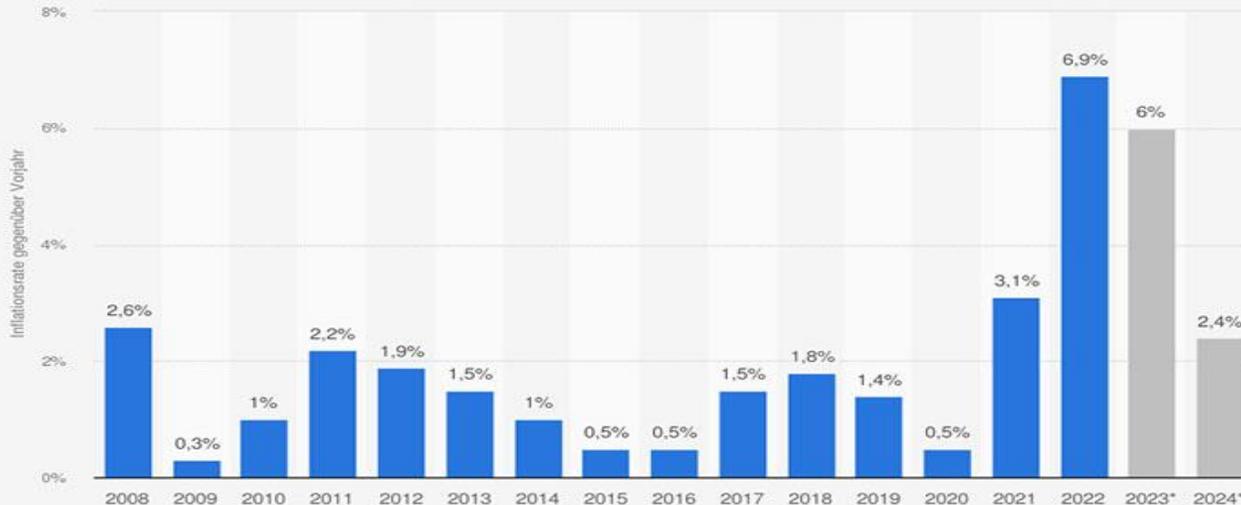


Die wirtschaftliche Situation 1½ Jahre vor der Wahl

Die Situation hinsichtlich Geldwertstabilität: Inflationsgefahr gebannt?



Gemeinschaftsdiagnose: Inflationsrate in Deutschland von 2008 bis 2022 und Prognose bis 2024 (Veränderung gegenüber Vorjahr)



Quellen
Statistisches Bundesamt; Diverse Quellen
(Wirtschaftsinstitute)
© Statista 2023

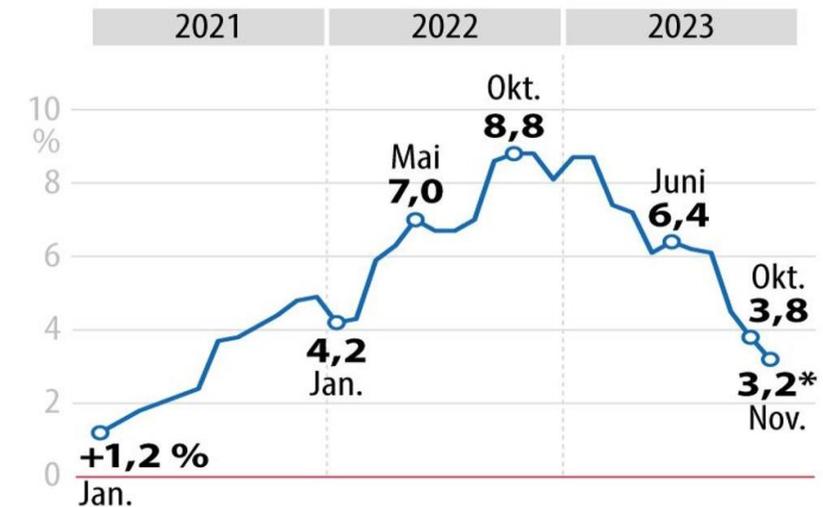
Weitere Informationen:
Deutschland

- 2022 war der Verbraucherpreisindex für Deutschland sogar um **6,9 Prozent** höher als im 2021 (2021: 3,1%)
- In **2024** wird mit einer durchschnittlichen **Inflationsrate** von **deutlich unter 3 Prozent** gerechnet (April 2024: 2,2%)-> Rückgang v.a. aufgrund niedrigerer Energiepreise.

Die Verbraucherpreise in Deutschland haben sich in 2023 um **5,9 Prozent** gegenüber 2022 erhöht.

Die Inflationsrate

Verbraucherpreisindex, Veränderung gegenüber Vorjahresmonat in Prozent



rückwirkende Neuberechnung aufgrund neuen Warenkorbs, Basisjahr 2020 (vorher 2015)

*vorläufig

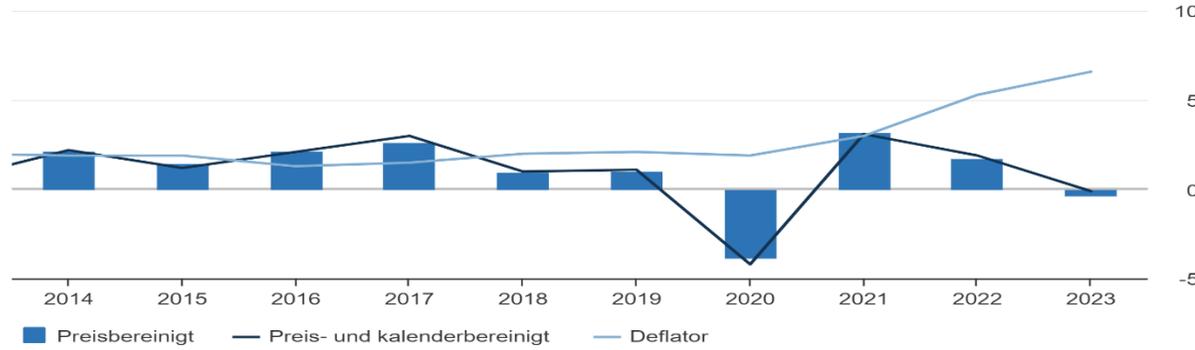
dpa•105391

Quelle: Statistisches Bundesamt

Die wirtschaftliche Situation 1½ Jahre vor der Wahl

Die wirtschaftliche Situation im Jahr 2023/24

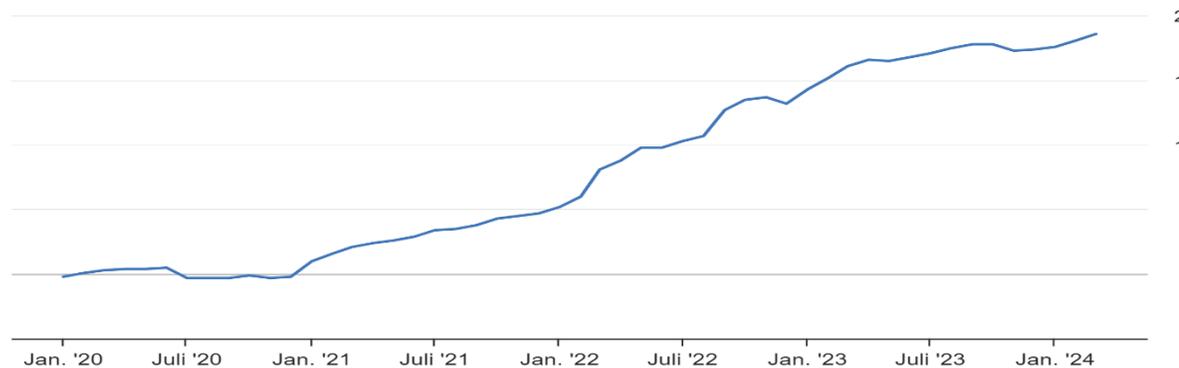
BIP, Veränderung gegenüber Vorjahr
in %



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2019

Verbraucherpreisindex insgesamt

Preisabstand in Prozent gegenüber dem Jahr 2020



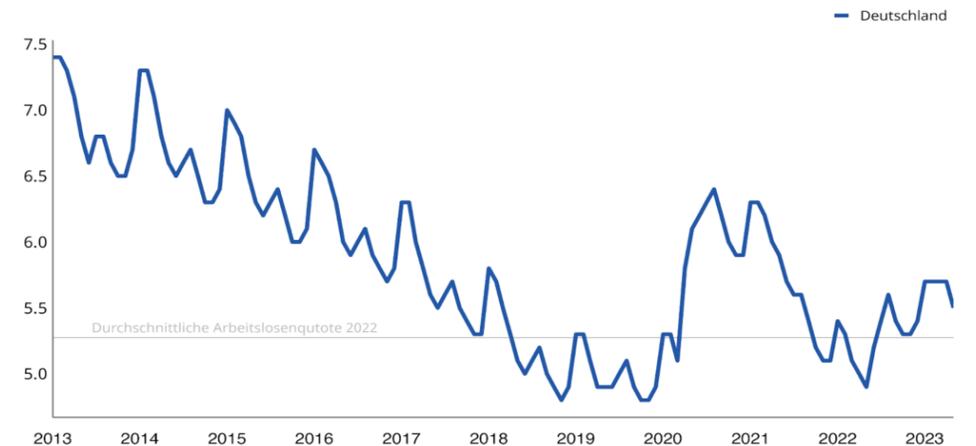
© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2024

Entwicklung Staatsverschuldung Deutschland



Arbeitslosenquote leicht über dem Durchschnitt des Jahres 2022

Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbepersonen, nicht saisonal bereinigt



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf, Januar 1992 - Mai 2023



Die wirtschaftliche Situation 1½ Jahre vor der Wahl

Nach Ausbruch des Ukraine-Krieges: Eine erste Konjunktüreinschätzung



Düstere Konjunkturaussichten infolge von Ukraine-Krieg, Energiekrise, Inflationsbekämpfung, Übergang zur Klimaneutralität, Fachkräftemangel

Angesichts zahlreicher Unsicherheiten ist es sehr schwierig, die weitere wirtschaftliche Entwicklung einzuschätzen. Die Aussichten sind eher düster:

- Angesichts einer nach wie vor **hohen Inflation** ist die EZB angehalten, die **Zinsen** weiter hoch zu halten, was sich negativ auf die Konjunktur auswirkt.
- Der anhaltende **Fachkräftemangel** schränkt die Produktionsmöglichkeiten in Deutschland ein.
- Europa muss seine Energieversorgung neu aufstellen, was mit hohen Kosten verbunden ist. **Steigende Energiepreise** sind ein konjunkturrehemmender Faktor.
- Im schlimmsten Fall sind **Energieknappheit** und damit einhergehende **Produktions- einschränkungen** die Folge.
- Auch **Wirtschaftssanktionen** ggü. Russland sowie weltweite **geoökonomische Spannungen** wirken sich negativ auf die Wirtschaft aus.
- Hinzu kommt die **allgemeine Verunsicherung**, die sich nachfragedämpfend auswirkt.
- Großzügige **Konjunkturpakete** sind angesichts der **Überschuldung** vieler Staaten derzeit nur bedingt möglich.

2.

2½ Jahre Wirtschaftspolitik der Ampelkoalition: Eine Zwischenbilanz

Öffentliche Finanzen

Klima- und Energiepolitik

Arbeit und Soziales

Wohnen und Bauen

2.

2½ Jahre Wirtschaftspolitik der Ampelkoalition: Eine Zwischenbilanz

a) Öffentliche Finanzen

b) Klima- und Energiepolitik

c) Arbeit und Soziales

d) Weitere Bereiche

Lage der öffentlichen Haushalte deutlich verschlechtert!

- Anfang 2024 beschloss der Bundestags einen verfassungskonformen Etat mit Ausgaben von ca. **477 Milliarden Euro** und neuen Krediten in Höhe von ca. **39 Mrd. Euro**.
- 2023 nahm der Bund **Nettokredite** in Höhe von **68,7 Mrd. Euro** auf (Bundeshaushalt: 27,2 Mrd. € + Wirtschaftsstabilisierungsfonds Energie: 41,5 Mrd. €).
- Die Schuldenbremse hätte 25,8 Mrd. € erlaubt. Um die Schuldenbremse auszusetzen wurde das vierte Jahr hintereinander eine Notlage ausgerufen (Begründung: hohe Energiepreise infolge des Ukraine-Krieges, Folgen der Flutkatastrophe Ahrtal 2021).
- Der Bundeshaushalt 2022 wurde mit einer **Nettokreditaufnahme** (NKA) in Höhe von 115,4 Milliarden Euro abgeschlossen (2021: **215,4 Mrd. Euro**, 2020: **130,5 Mrd. Euro**). Das ist ein historischen Höchststand. Das gesamtstaatliche **Defizit** lag 2021 bei **4,3 Prozent** des BIP.*
- Die tatsächliche Nettokreditaufnahme ist unter Einbeziehung der Sondervermögen deutlich höher als die im Bundeshaushalt ausgewiesene Nettokreditaufnahme. Der weit überwiegende Teil der Sondervermögen ist kreditfinanziert. Das Verschuldungspotenzial der Sondervermögen lag Ende 2022 bei insgesamt rund 522 Mrd. Euro.

2½ Jahre Wirtschaftspolitik der Ampelkoalition: Eine Zwischenbilanz

Staatsverschuldung in Deutschland, Entwicklung

Entwicklung Staatsverschuldung Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt / destatis Grafik © GOLD.DE

GOLD.DE

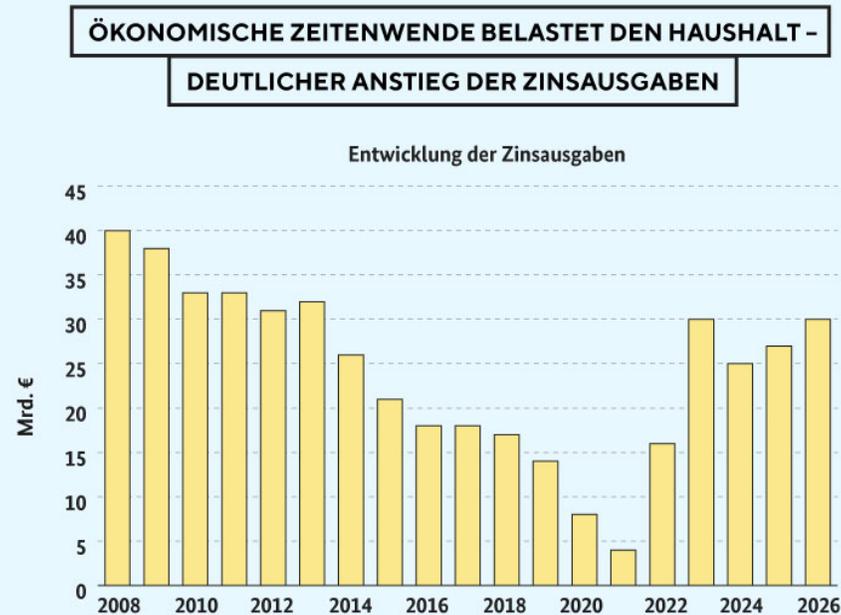
- Ende 2023 markiert der Schuldenstand Deutschlands einen neuen historischen Rekordstand.
- Der gesamtstaatliche Schuldenstand in Relation zum BIP befindet sich nach dem kräftigen Anstieg zu Beginn der Corona-Pandemie wieder auf einem abnehmendem Pfad: In Relation zum Bruttoinlandsprodukt lag die Verschuldung zum Stichtag 30.09.2023 bei 65 Prozent (Staatsschuldenquote).
- Das liegt zwar 5 Prozentpunkte über den Maastrichtkriterien (EU-Stabilitätspakt), gilt aber als unproblematisch in Sachen Schuldentragfähigkeit.

2½ Jahre Wirtschaftspolitik der Ampelkoalition: Eine Zwischenbilanz

Gefahren drohen von der enormen Zunahme der Staatsverschuldung

Steigende Zinsausgaben belasten dauerhaft

- **Schulden** werden teurer: hohe Inflation erfordert Anhebung der Zinsen durch EZB -> Refinanzierung von Schulden kostet zukünftig deutlich mehr.
- Für den Haushalt 2023 waren Zinszahlungen in Höhe von über 30 Milliarden Euro eingeplant.
- Dies ist deutlich mehr als in den zurückliegenden Jahren, als der Staat aufgrund eines günstigen Zinsumfeldes weniger für Zinszahlungen ausgab (2021: 4 Mrd. €).
- Es wird davon ausgegangen, dass sich die Zinsausgaben des Bundes im Verhältnis zum BIP bis 2027 gegenüber dem Jahr 2021 verdreifachen.



© Bundesministerium der Finanzen

Konsolidierung in Richtung nachhaltige Finanzen fragwürdig

Ob Deutschland mit den getätigten und vorgesehenen finanzpolitischen Maßnahmen und damit einhergehender hoher Verschuldung seiner im Koalitionsvertrag betonten Rolle als „*Stabilitätsanker*“ in Europa gerecht werden kann, ist fraglich.

- Zukünftig hoher zusätzlicher Finanzierungsbedarf der Bundeswehr im **zweistelligen Milliardenbereich** jährlich.
- Steigende Haushaltsmittel zur Finanzierung höherer Renten (Anhebung der gesetzlichen Renten im Juli 2023: 4,39 Prozent im Westen und 5,86 Prozent im Osten, Juli 2022: 5,35 Prozent Westen und 6,12 Osten) = Zusatzkosten von **über 30 Mrd. Euro/Jahr**
- Ein neues Rentenpaket der Regierung soll den Nachhaltigkeitsfaktor bei den Renten außer Kraft setzen und wird bis 2035 zusätzliche jährliche Ausgaben von **28,2 Mrd. €** verursachen, davon ca. **7 Mrd. €** aus dem Bundeshaushalt finanziert.
- Anhebung der Erwerbsminderungsrente um bis zu 7,5 Prozent ab 2024 = Zusatzkosten von **2,6 Mrd. Euro/Jahr**
- Einführung der **Kindergrundsicherung** verursacht Zusatzkosten von über **4 Mrd. Euro/Jahr** an.

2.

2½ Jahre Wirtschaftspolitik der Ampelkoalition: Eine Zwischenbilanz

a) Öffentliche Finanzen

b) Klima- und Energiepolitik

c) Arbeit und Soziales, Rente, Bildung und Familie

d) Weitere Bereiche



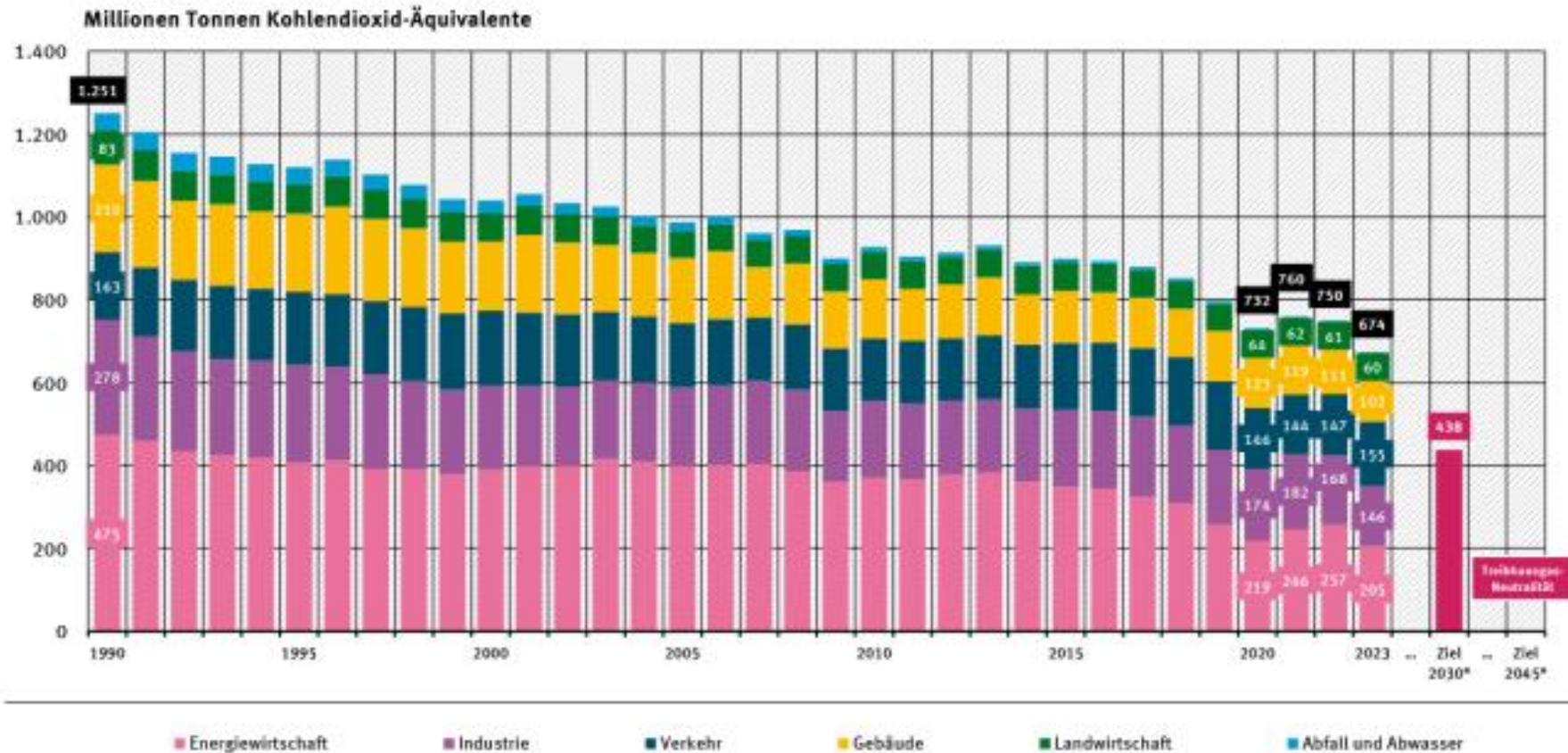
Treibhausgas-Emissionen gehen zurück

- Die **Treibhausgas-Emissionen in Deutschland** sind laut Umweltbundesamt 2023 gegenüber dem Vorjahr um 10,1 Prozent auf **674 Mio. t** gesunken. Das entspricht einer Minderung um 46 Prozent im Vergleich zum Referenzjahr 1990. Damit wurden die **deutschen Klimaziele** für 2023 übertroffen.
- Fast die komplette **Reduktion** geht auf die **Energiewirtschaft** und die **Industrie** zurück. Gründe: Reform des **europäischen Emissionshandels**, niedriger Gaspreis, Ausbau von Wind- und Sonnenenergie, Abschaltung Kohlekraftwerksblöcke.
- ➔ Der starke **Rückgang** der **Treibhausgas-Emissionen 2023** ist vor allem auf den steigenden Anteil erneuerbarer Energien, Rückgänge bei der fossilen Energieerzeugung und vor allem im Jahr 2023 eine gesunkene Energienachfrage bei Wirtschaft und Verbrauchern zurückzuführen.
- Im Jahr 2023 unterschritt Deutschland das für das Jahr 2020 gesetzte Ziel von minus 40 % deutlich. Die **Ziele für das Jahr 2030 (minus 65 Prozent)** scheinen **erreichbar**.

2½ Jahre Wirtschaftspolitik der Ampelkoalition: Eine Zwischenbilanz

Umwelt- und Energiepolitik: Energiewende, Fakten zum Energieverbrauch

Emission der von der UN-Klimarahmenkonvention abgedeckten Treibhausgase



Emissionen nach Sektoren des Bundesklimaschutzgesetzes, ohne Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft
 * Ziele 2030 und 2045, entsprechend der Novelle des Bundes-Klimaschutzgesetzes vom 12.05.2021

Quelle: Umweltbundesamt, Nationale Treibhausgas-Inventare 1990 bis 2022
 (Stand EU-Berichtstattung 01/2024) und Vorjahresschätzung für 2023
 (UBA Pressemitteilung Nr. 11/2024)

Quelle:
Umweltbundesamt

2½ Jahre Wirtschaftspolitik der Ampelkoalition: Eine Zwischenbilanz

Klima- und Energiepolitik der neuen Regierung



Klimapolitik, Marktinstrumente auf dem Vormarsch

Die großen Oberziele decken sich mit den auf EU-Ebene sowie von der alten Regierung im Klimaschutzgesetz festgehaltenen Zielen:

- „*Dekarbonisierung [der Wirtschaft] zur Einhaltung des 1,5-Grad-Pfads*“, und
- „*Klimaneutralität spätestens 2045*“

Im Einzelnen wurde zudem folgendes beschlossen:

- Im Rahmen eines sog. „**Klimachecks**“ muss zukünftig jeder neue Gesetzesentwurf auf „die Vereinbarkeit mit den nationalen Klimaschutzzielen“ überprüft werden.
- **Erhöhung des innerdeutschen CO₂-Preises** für fossile Treibstoffe und Heizmittel: schrittweiser Anstieg: 2024 schon **45 Euro**, 2025 auf **55 Euro**
- Verkehr:
 - ab 2035 nur noch Zulassung CO₂-neutraler Fahrzeuge
 - Ausweitung der E-Mobilität: bereits 2030 mindestens 15 Millionen vollelektrische Pkw
 - bis 2030 Verdoppelung der Verkehrsleistung des öffentlichen Personenverkehrs

2½ Jahre Wirtschaftspolitik der Ampelkoalition: Eine Zwischenbilanz

Klima- und Energiepolitik der neuen Regierung



Das Klimapaket der neuen Regierung

- Ampelkoalition hat neues Klimapaket beschlossen: 200 Mrd. Euro für Klimaschutz bis 2026
- Ausgaben für Klimaschutz, Ladeinfrastruktur, Wasserstofftechnologie, Modernisierung der Industrie, energieeffizientes Bauen, Strukturreformen im Raum)
- Zusätzlich regulärer Jahresetat des Wirtschaftsministeriums
- Finanzierung über Mittel aus
 - Energie- und Klimafonds (Rücklagen 25 Mrd. Euro + 60 Mrd. Euro aus Nachtragshaushalt von 2021 = Umwidmung),
 - eigene Einnahmen aus europ. Emissionshandel (2021 = 5,3 Mrd. €),
 - nationaler Zertifikatehandel Verkehr und Wärme (7,2 Mrd. €)
- Zusätzlich 20 Mrd. Euro „**Verpflichtungsermächtigungen**“ (Differenzverträge mit Industrie für Mehrkosten durch neue Technologien)



Klimapolitik: Nur bedingt gute Ansätze

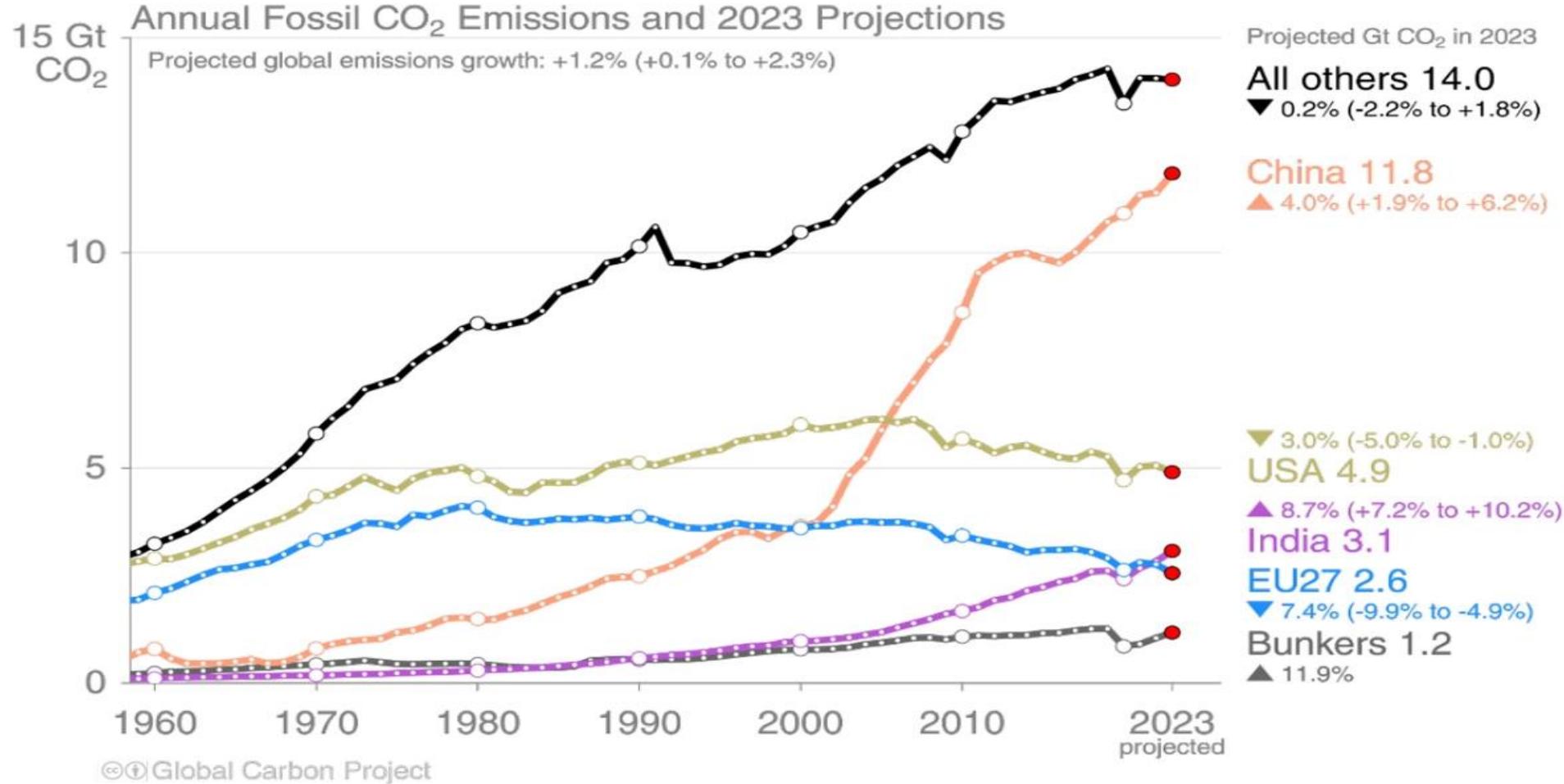
- Die teilweise **marktorientierten Ansätze** im Klimaschutz sind vielversprechend.
- Der Ansatz, die nationale **Industriestrategie** in europäische Lösungen einzubetten verhindert Abwandern von Unternehmen in Regionen mit niedrigen Klimaschutzauflagen.

Aber

- Maßnahmen, die zu einer Verbesserung des Informationsstandes in der Gesellschaft oder zu einer **Schärfung des Risikobewusstseins** gegenüber Naturgefahren beitragen würden, werden im Koalitionsvertrag nicht erwähnt.
- Insbesondere Vorschläge zum zukünftigen Umgang mit den finanziellen Folgen von Naturkatastrophen fehlen (z.B. verpflichtende **Elementarschadenversicherungen** für Privathaushalte).
- Nur eine **europaweit** – noch besser weltweit – **koordiniertes Vorgehen** zur Reduzierung von Treibhausgasen kann einen klimabedingten Anstieg der Temperaturen aufhalten.

2½ Jahre Wirtschaftspolitik der Ampelkoalition: Eine Zwischenbilanz

Umwelt- und Energiepolitik: weltweiter CO₂-Ausstoß





Klimapolitik – Kritik

- **Emissionshandel** mit einem **strikten CO₂-Limit** wäre das mit Abstand sinnvollste Instrument zum Klimaschutz. -> Ausweitung des Emissionshandels auf die Bereiche Verkehr und Wärme.
- **Einheitlicher Preis** für Ausstoß von CO₂ würde sicherstellen, dass Emissionen immer dann unterlassen werden, wenn ihre Vermeidung günstiger ist als der Preis.
- Mit **CO₂-Steuer** gibt es im Gegensatz zum Emissionshandel **kein CO₂-Limit** -> keine Garantie, dass Klimaziele sicher erreicht werden.
- Geplante **CO₂-Steuer immer noch zu niedrig**: Um Klimaziele zu erreichen, müsste eine CO₂-Steuer mit einem Mindestpreis von deutlich mehr als 55 Euro pro Tonne CO₂ eingeführt werden.
- **Global koordiniertes, gemeinsames Vorgehen** ist unverzichtbar: Deutschland und die EU könnten selbst bei vollständiger Rückführung ihrer Treibhausgasemissionen nur einen sehr kleinen direkten Beitrag zur Eindämmung der Erderwärmung leisten.
- Außerdem fehlt der Mut "beim **Abbau umweltschädlicher Subventionen**„.

2.

2½ Jahre Wirtschaftspolitik der Ampelkoalition: Eine Zwischenbilanz

a) Öffentliche Finanzen

b) Klima- und Energiepolitik

c) Arbeit und Soziales, Rente, Bildung und Familie

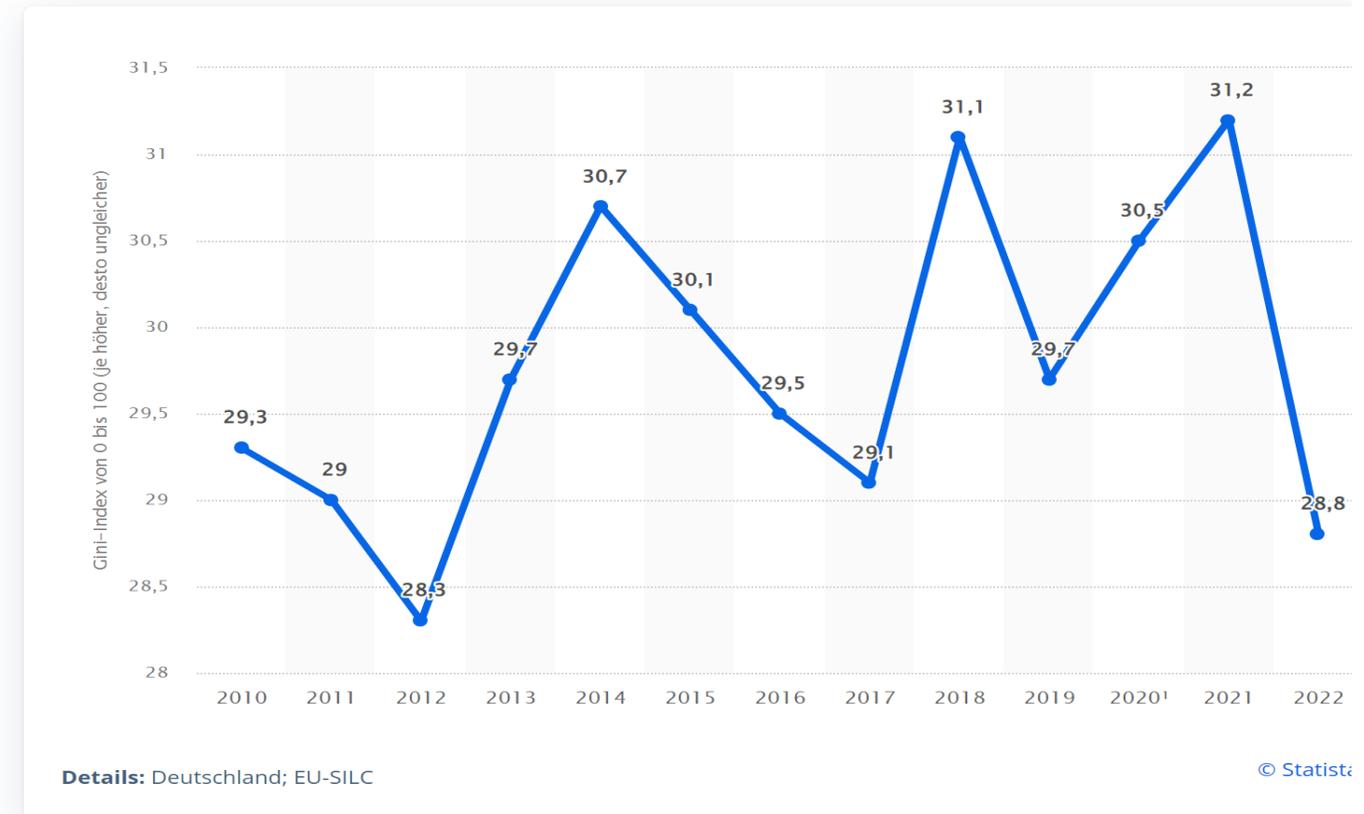
d) Weitere Bereiche

2½ Jahre Wirtschaftspolitik der Ampelkoalition: Eine Zwischenbilanz

Arbeit und Soziales: Ausgangslage

- Die Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen in Deutschland liegt heute zwar höher als zu Beginn der 1990er Jahre, hat sich aber seit dem Jahr 2005 nicht mehr wesentlich verändert.
- Im Jahr 2022 lag der Gini-Index in Deutschland bei 28,8 Punkten und ist somit um 2,4 Punkte gesunken. (Durchschnitt EU-27: ca. 29,6)
- Von 1999 bis 2005 setzte insb. wg. der Zunahme der Arbeitslosigkeit ein Anstieg auf fast 29 ein.
- In einzelnen Jahren stieg er zwar auf über 30, insgesamt verharret er aber seit fast 20 Jahre in etwa auf dem gleichen Niveau.

Deutschland: Entwicklung der Einkommensungleichheit auf Basis des Gini-Index im Zeitraum 2010 bis 2022





Steigendes Sozialbudget

Sozialbudget:

- Im Jahr 2023 betragen die Ausgaben des Bundes für soziale Leistungen insgesamt 163,3 Milliarden Euro. Dieser Betrag ist fast dreimal so hoch wie der nächsthöhere Etat.

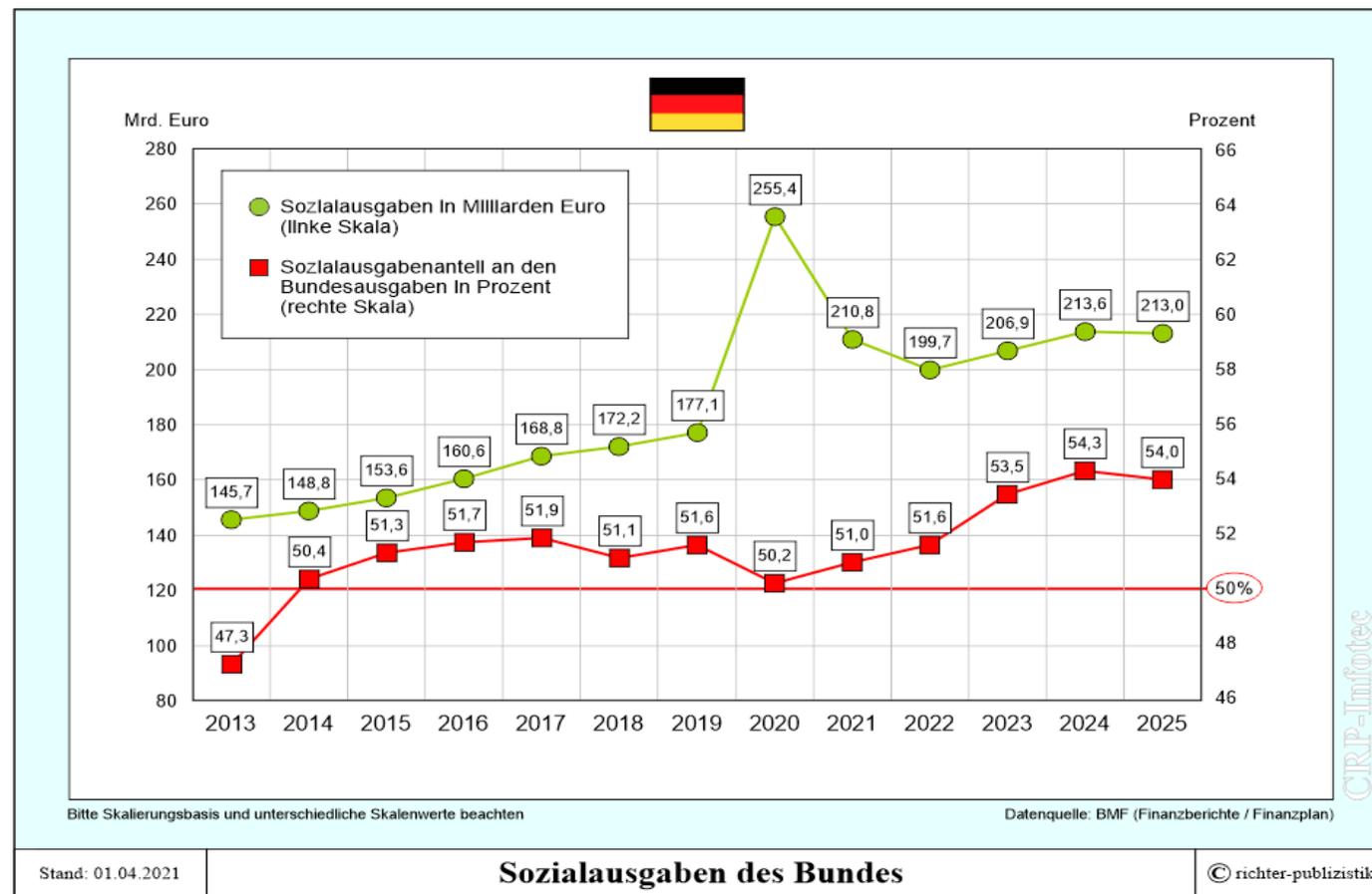




Steigendes Sozialbudget

Sozialbudget:

- Entwicklung und Planung verdeutlichen eine Erhöhung der Ausgaben von rund 146 Milliarden Euro im Jahr 2013 auf rund 213 Milliarden Euro im Jahr 2025.
- Dies entspricht einer Steigerung des prozentualen Anteils von etwa 47% im Jahr 2013 auf fast 54% im Jahr 2025.



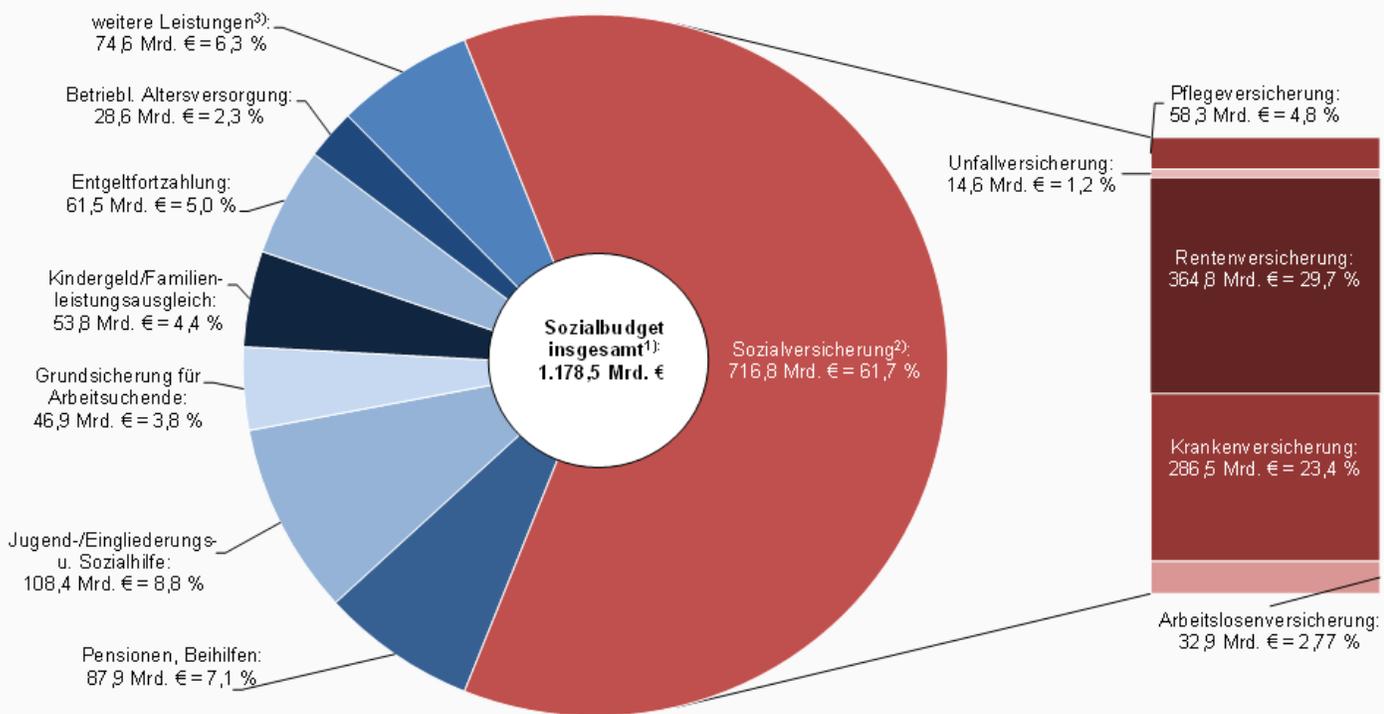


Steigendes Sozialbudget

Sozialbudget:

Im Jahr 2022 betrug das gesamte Sozialbudget in Deutschland nach vorläufigen Angaben rund 1,18 Billionen Euro und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um rund 2,2 Prozent erhöht.

■ Struktur der Sozialleistungen nach Leistungsarten 2022*
In Mrd. Euro und in % aller Sozialleistungen



* Geschätzte Werte ¹⁾ Sozialbudget insgesamt u. allgemeine Systeme konsolidiert um Beiträge des Staates ²⁾ Ohne wechselseitige Verrechnung der einzelnen Institutionen. Summenbildung u. isolierte Prozentuierung sind nicht möglich. ³⁾ u.a. Wohngeld, BAföG, Elterngeld, PKV
Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2023), Sozialbudget 2022

Arbeit: Kindergrundsicherung und Bürgergeld

Einführung einer „**Kindergrundsicherung**“ (statt Kindergeld, Sozialgeld und Kinderzuschlag), bestehend aus zwei Komponenten:

- einkommensunabhängiger Garantiebetrug, gleich hoch für alle Kinder und Jugendlichen
- vom Elterneinkommen abhängiger, gestaffelter Zusatzbetrag“.

„Bürgergeld“ statt Arbeitslosengeld II:

- Verzicht auf die „Anrechnung des Vermögens“
- pauschale Anerkennung der „Angemessenheit der Wohnung“ für 2 Jahre Leistungsbezug
- Erhöhung des „Schonvermögens“
- Einführung einer „sechsmonatigen Vertrauenszeit“, während der nicht kontrolliert werden soll, inwieweit die Leistungsbezieher der „Teilhabevereinbarung“ nachkommen.

Bewertung

- Elemente lassen Entwicklungen in **Richtung eines Grundeinkommens** erkennen,
- Aber: Bürgergeld soll nicht bedingungslos und nicht dauerhaft ohne Bedürftigkeitsprüfung und Einforderung von „Mitwirkungspflichten“ gewährt werden.

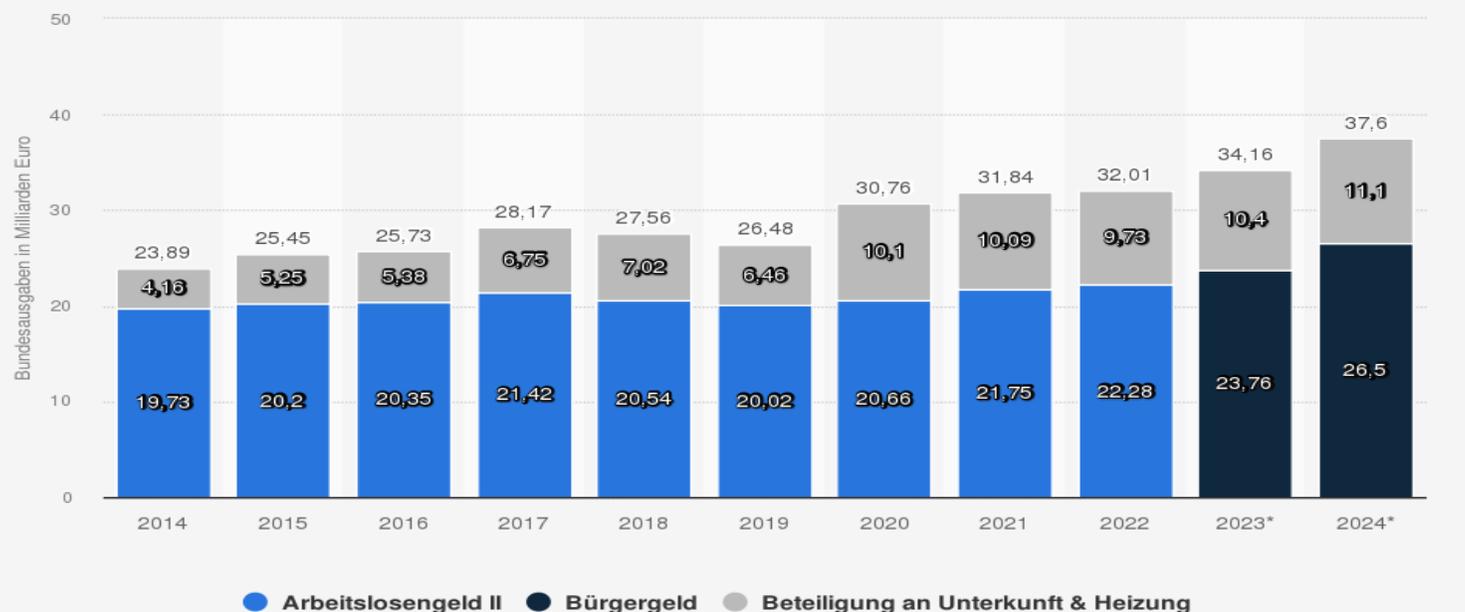
2½ Jahre Wirtschaftspolitik der Ampelkoalition: Eine Zwischenbilanz

Arbeit und Soziales: Vereinbarungen der Ampelkoalition

Arbeit: Bürgergeld

Innerhalb von zwei Jahren ist das Bürgergeld um mehr 25% gestiegen, von 449 € auf 563 €.

Ausgaben des Bundes für das Arbeitslosengeld II (Hartz IV) / Bürgergeld von 2014 bis 2024 (in Milliarden Euro)



Quelle
BMF
© Statista 2024

Weitere Informationen:
Deutschland

statista

Höhe des Bürgergelds 2024

Personengruppe	Bürgergeld 2023	Bürgergeld 2024
Alleinstehende	502,00 €	563,00 €
Bedarfsgemeinschaft (je Person)	451,00 €	506,00 €
Volljährige in Einrichtungen	402,00 €	451,00 €
Jugendliche (14 - 17 Jahre)	420,00 €	471,00 €
Kinder (6 - 13 Jahre)	348,00 €	390,00 €
Kinder (0 - 5 Jahre)	318,00 €	357,00 €

*Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Arbeit: Mindestlohn

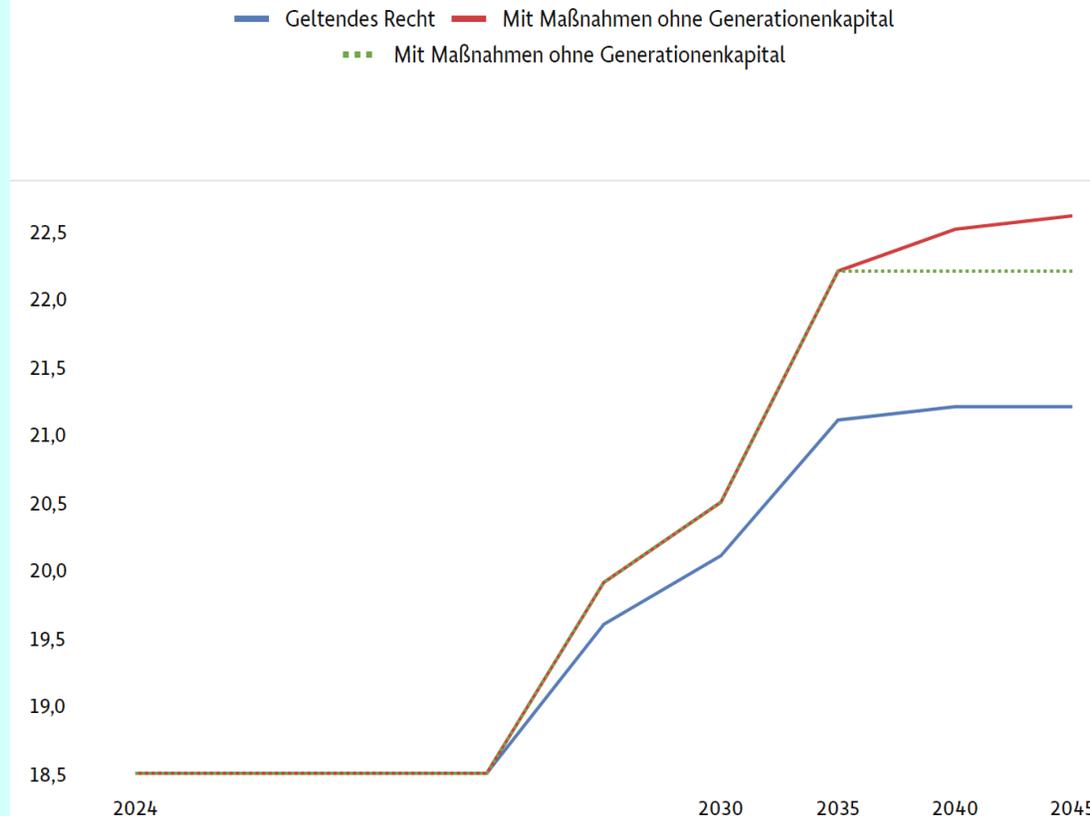
- Die Bundesregierung hatte in Deutschland erstmals zum 1. Januar 2015 einen flächendeckenden allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn für Arbeitnehmer in Höhe von 8,50 €/h brutto festgelegt.
- Zum 1. Januar 2017 wurde der Mindestlohn auf 8,84 € erhöht. und zum 1. Januar 2019 wurde er auf 9,19 € festgelegt, zum 1. Januar 2020 9,35 Euro).
- Nachdem der allgemeine gesetzliche Mindestlohn in Deutschland zunächst zum 1. Juli 2022 auf 10,45 Euro gestiegen ist, wurde er gemäß Beschluss des Bundestags vom 3. Juni 2022 für 2022 auf 12 Euro festgelegt. + 15 Prozent im Vorjahresvergleich (Versprechen von Bundeskanzler Olaf Scholz aus dem Wahlkampf).
- Zum 01.01.2024 wurde der allgemeine gesetzliche Mindestlohn in Deutschland **auf 12,41 Euro** erhöht und zum **1. Januar 2025 soll er auf 12,82 Euro** steigen.
- Mehrere Parteien fordern bereits im Vorfeld zum Bundestagswahlkampf 2025 eine weitere Erhöhung auf bis **zu 15 Euro**.

Neues Rentenpaket setzt Nachhaltigkeitsfaktor außer Kraft

Mit dem neuen Gesetz soll das Rentenniveau bis zum Jahr 2040 auf 48 Prozent festgeschrieben werden.*

Der 2004 als Antwort auf die Demographie eingeführte Nachhaltigkeitsfaktor wird außer Kraft gesetzt.

- Derzeit beträgt der Beitragssatz zur Rentenversicherung 18,6 Prozent des Bruttolohns. Er würde in den kommenden zehn Jahren schrittweise auf 21,2 Prozent steigen.
- Ein Gesetzentwurf vom März 2024 sieht nun eine Steigerung der jährlichen Rentenerhöhungen vor, so dass schon 2035 zusätzliche Ausgaben von 28,2 Milliarden Euro anfallen.**
 - Mit dem Gesetz beschleunigt sich der Anstieg auf 22,3 Prozent im Jahr 2035, also um 1,1 Prozentpunkte.
 - ¼ des Betrags soll über höhere Rentenzuschüsse aus dem Bundeshaushalt kommen (ca. 7 Mrd. €).
 - Gleichzeitig wird die gesetzliche Rente um ein Element der Kapitaldeckung („Generationenkapital“) verstärkt



Grafik: Brocker, sacco. / Quelle: Bundesregierung (Referententwurf des BMAS und BMF)

Rente

Kritik:

- Haltegrenze des Rentenniveaus bei mindestens 48 Prozent des Durchschnittsverdienstes, bedeutet höhere Ausgaben: Schon 2025 werden die Reserven der Rentenversicherung komplett aufgebraucht sein -> technisch gesehen illiquide.
 - Um Ausgaben der gesetzl. Rentenversicherung zu finanzieren müssen Steuermittel im Umfang von knapp **11 Milliarden Euro zusätzlich** erhoben werden, 2030 steigt der Bedarf auf 45 Mrd. Euro, 2035 auf über 80 Mrd. Euro (entspräche einer Erhöhung des MwSt-Satzes um 8 Prozentpunkte).
 - Die **Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt** zur Rente steigen wegen der Rentenerhöhungen ohnehin deutlich an. Bereits im Jahr 2020 wurde erstmals die als magisch geltende Grenze von **100 Milliarden Euro** Steuerzuschuss durchbrochen - im Jahr 1998 betrug dieser noch 52 Milliarden €.
 - Kapitaldeckung: Summe von 10 Mrd. € ist so klein, dass jedem Rentner nur ein Euro im Monat bezahlt werden kann.
 - Steigende Rentenzahlungen sind auch Folge der Tatsache, dass die durchschnittliche Lebenserwartung alle 10 Jahre um zwei Jahre steigt.
- ➔ Auch die neue Regierung unterlässt Maßnahmen zur Sicherung der Renten. Das Rentenniveau ist daher allenfalls in den kommenden vier Jahren bis zu den nächsten Wahlen sicher.



Reform der Rente

Fakten

- Heute kommen 34 über 65-Jährige auf 100 20-64-Jährige, 2045 werden es 55 sein.
- Arbeitsministerium: Rentenbeitrag steigt von 18,7 auf 23,6 Prozent, Rentenniveau vor Steuern sinkt von 48 auf 41,7 Prozent des Einkommens -> **Gefahr von Altersarmut**

Lösungsoptionen:

- Beiträge und Rentenniveau stabil halten (mehr als 20 Mrd. Euro jährlich), dafür dann deutlich stärkere Finanzierung der Renten über Steuern (SPD, CDU?).
- **Längere Arbeitszeiten**, flexibler Übergang vom Arbeitsleben in die Rente (FDP).
- **Kopplung** des **Renteneintrittsalters** an die fernere **Lebenserwartung** unausweichlich.
- Betriebliche und **private Altersvorsorge** attraktiver gestalten: Standardisierte Altersvorsorgeprodukte einführen
- Abschaffung der (indirekten) Subventionierung von 450 €-Minijobs; stattdessen Reduzierung der Sozialabgaben auf niedrig bezahlte Hauptjobs

Starke Entlastung unterer Einkommenschichten

Das Programm der Ampelkoalition soll in Deutschland mehr sozialen Ausgleich schaffen, mit staatlichen Hilfen, besseren Löhnen und höheren Lasten für Spitzenverdiener.

Mindestlohn, Bürgergeld, Kindergrundsicherung – von den Plänen der Ampelkoalition profitieren drei Gruppen besonders : Niedriglohnbezieher, Arbeitslose und Kinder aus ärmeren Familien. Haushalte mit Jahreseinkommen < 20.000 Euro profitieren am meisten :

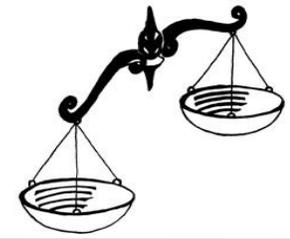
- Mindestloohnerhöhung auf 12,4 € hat Einkommenszuwächse bis zu 700 Euro/Jahr bewirkt.
- Kindergrundsicherung bewirkt ggf. Einkommenszuwächse von 1.000 bis 1.300 Euro/Jahr für Familien mit Jahreseinkommen zw. 30.000 und 80.000 Euro.

Kritik:

- Zahlreiche Maßnahmen sind mit zusätzlichen Ausgaben verbunden, die die öffentlichen Finanzen dauerhaft belasten.
- Im Bereich Rente werden grundlegende Reformen nicht angefasst.
- Ein Mindestlohn von 12,4 Euro und mehr ist besonders für betroffene Branchen wie Einzelhandel und Gastgewerbe herausfordernd. Für Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte wird damit der Einstieg in den Arbeitsmarkt erschwert.

3.

Ausblick

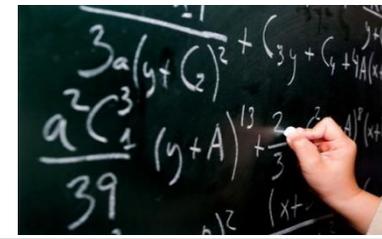


Fehlentwicklungen korrigieren, Risiken minimieren

Im Koalitionsvertrag der neuen Regierung sind viele wichtige Themen adressiert worden: Digitaler Umbau der Gesellschaft, Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit. Aber...

In zahlreichen Politikfeldern werden jedoch die falschen Weichen gestellt:

- Die sich aus der andauernden **Verschuldung** ergebenden **Risiken für die Geldpolitik** wurden von den Koalitionsparteien unterschätzt: Die EZB läuft Gefahr, ihre Fähigkeit zur **Inflationkontrolle** zu verlieren, wenn der fiskalische Sektor nicht nachhaltig wirtschaftet.
- Im Bereich **Klima und Energie** wird die teure und ineffiziente Politik der vergangenen Jahre unzureichend korrigiert. Ob die Energiewende kosteneffizient gelingt ist mehr als fraglich.
- Im Bereich **Arbeit und Soziales** werden staatliche Leistungen ausgebaut bzw. regulatorische Eingriffe verstärkt. Beides führt zu einem weiteren Anstieg der Ausgaben und zu einer Verkrustung des Arbeitsmarktes.



Was zu tun ist

Produktionskapazitäten sind in Deutschland derzeit weitestgehend ausgelastet.

- staatliche Investitionsprogramme sollten allenfalls gezielt eingesetzt werden, um Produktionsengpässe zu beheben - bei der Infrastruktur, und auf den Arbeitsmärkten.

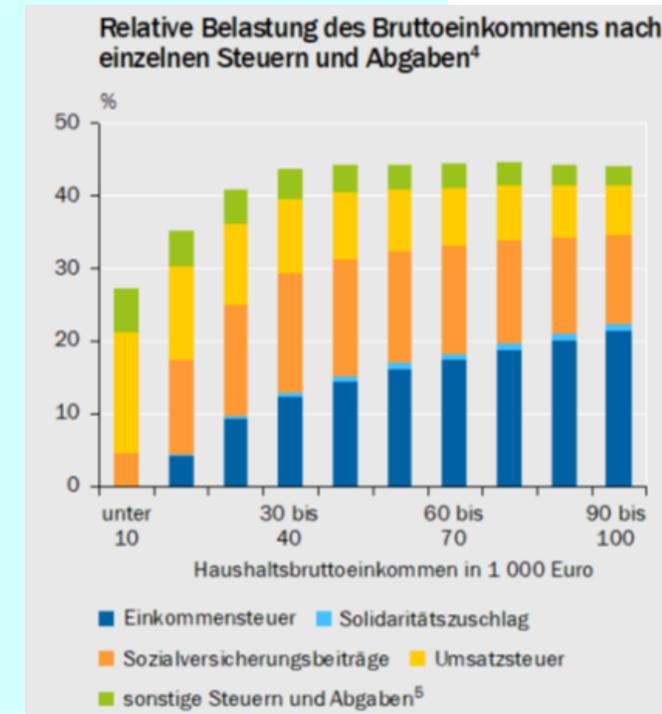
In zahlreichen Bereichen steht die neue Bundesregierung vor Herausforderungen:

- 1. Wachstumspotenzial verbessern**
- 2. Marktwirtschaftliche Energiewende: Umweltfreundliche Verkehrspolitik;**
- 3. Arbeitskräftepotenzial erhöhen / modernes Einwanderungsgesetz**
- 4. Konsumtive Staatsausgabe reduzieren**



Vorschläge zur Überwindung der Wachstumsschwäche

- Das deutsche Wirtschaftswachstum kann dauerhaft gesteigert werden, wenn es gelingt eine **wachstumsfördernde wirtschaftspolitischen Neuausrichtung** (einschließlich struktureller Reformen) einzuleiten:
 - Lebensarbeitszeit verlängern
 - Gezielte Investitionen in Infrastruktur und besonders Bildung
 - Innovationssystem leistungsfähiger machen und Dynamik bei Unternehmensneugründungen verbessern (Vereinfachung des Steuersystems, verbesserte Abschreibungen einschl. Entlastung)
 - Reduktion der Sozialabgaben
 - Abbau von Subventionen (derzeit 150 Mrd. Euro jährlich)
- Gleichzeitig Maßnahmen, um „**sozialen Frieden**“ zu stärken





Umdenken in der Klimapolitik erforderlich

Problem besteht darin, dass Klimaneutralität mit planwirtschaftlichen Methoden erreicht werden soll, wobei die handelnden Akteure mit üppigen Subventionszahlungen zum Stillschweigen gedrängt werden:

- erzwungene Elektrifizierung (E-Autos, Stahlkraftwerke etc.),
- überbordende Wärmeverordnung

Statt Ordnungsrecht und üppigen Förderprogrammen sollten wieder stärker marktwirtschaftliche Instrumente zum Einsatz kommen: Ausweitung des **Emissionshandels** und höhere **CO₂-Steuern** als Leitinstrumente; Preis für Ausstoß von Kohlendioxid drastisch erhöhen → Unternehmen würden dann verstärkt in regenerative Technologien investieren.

- Emissionsreduktionsziele könnten zu den niedrigsten möglichen Kosten erreicht werden.
- Einnahmen würden generiert, mit denen sozial schlechter gestellte Menschen entlastet werden könnten.
- Stärkung der Kapital- und Energiemärkte, um private Energieinvestitionen zu mobilisieren.



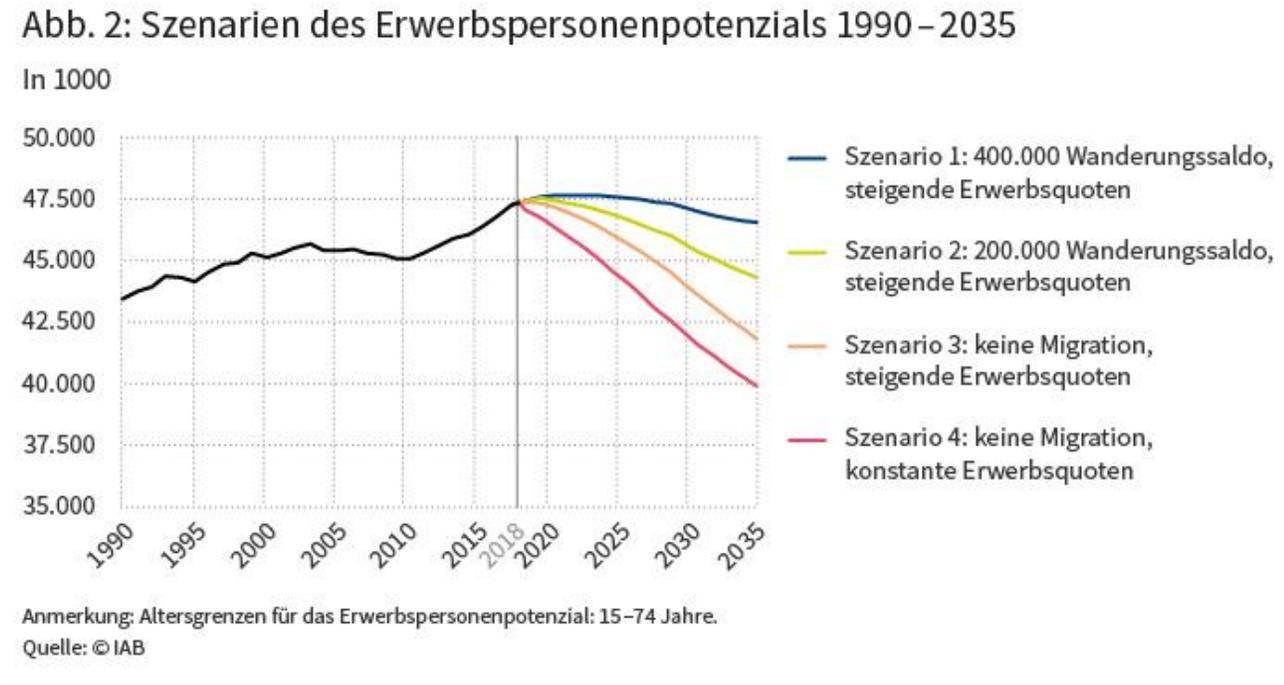
Arbeitskräftepotenzial erhöhen

- Schon jetzt klagt die Wirtschaft massiv über Fachkräftemangel (IT, Gesundheit). Zuletzt lag die Zahl der unbesetzten Stellen auf Rekordniveau.
- Prognosen: Bis 2040 stehen dem deutschen Arbeitsmarkt bis zu zehn Mio. Arbeitskräfte weniger zur Verfügung als heute (im günstigsten Fall fehlen 2030 eine Million Fachkräfte)

→ Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, braucht Deutschland jährlich rund 400.000 Zuwanderer.

Herausforderungen

- Moderne(s) Migrationspolitik/Einwanderungsgesetz (bessere Möglichkeiten zur Erwerbsmigration, Integration von anerkannten Asylbewerbern)
- Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Ausbau Kinderbetreuung)



Konsumtive Staatsausgabe reduzieren

Angesichts von zu erwartenden 1000 Milliarden Euro Steuereinnahmen können die gegenwärtigen Krisen auch ohne immer neue Schulden gelöst werden.

Zu diesem Zweck ist es erforderlich, die konsumtiven Ausgaben und damit insbesondere Sozialausgaben zu überdenken:

- Sozialausgaben stärker auf Bedürftige konzentrieren: Tankrabatt, Energiepreisbremse, Elterngeld, Verwaltungskosten der Kindergrundsicherung (400 Mrd. €), Förderprogramme für Hauseigentümer (Ladestationen, Solaranlagen etc.)
- Mütterrente und Rente mit 63 auf dem Prüfstand stellen
- Auf Korrektur des Nachhaltigkeitsfaktors bei Renten verzichten (geringere Erhöhung von Bestandsrenten)
- Ggf. mehrjähriges Moratorium bei Sozialausgaben und Subventionen



Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!

Prof Dr. Markus Fredebeul-Krein
FH Aachen
Aachen University of Applied Science
Eupener Str. 70
52066 Aachen (Germany)
T +49. 241. 6009 51915
F +49. 241. 6009 52280
M +49. 170. 8525507
fredebeul-krein@fh-aachen.de
www.fh-aachen.de



Digitalisierungsagenda angestoßen

- *„Planungs- u. Genehmigungsverf. sollen modernisiert, entbürokratisiert, digitalisiert“* werden, um Entscheidungen / Umsetzungen des Infrastrukturausbaus zu beschleunigen.
 - *„Planungen schneller und effektiver“* machen, *„indem wir Bürgerinnen und Bürger früher beteiligen“* -> fraglich, ob dies tatsächlich gelingt, da zeit- u. kostenaufwendig
 - *„bei Planänderungen nach Bürgerbeteiligung nur noch neu Betroffene zu beteiligen und Einwendungen nur mehr gegen Planänderungen zuzulassen“*
- Infrastruktur: *„flächendeckende Versorgung mit Glasfaser und dem neusten Mobilfunkstandard“*
 - Gefördert werden soll vor allem dort, *„wo der Nachholbedarf am größten ist“*
 - Glasfaserleitungen: Regierung plant *„Open Access“* zu ermöglichen: verschiedene Wettbewerber können auf bestehende Netze zugreifen und auf unnötige Doppelverlegung verzichten. -> könnte private Investoren abschrecken
- digitaler Bürgerrechte: *„Recht auf Interoperabilität und Portabilität sowie das Setzen auf offene Standards“* -> *begrenzt Marktmacht großer Messengerdienste wie Whatsapp*



Die Digitalisierung vorantreiben

Ein zukünftiges Aktionsprogramm zum Thema Digitalisierung sollte folgende Themen angehen:

- Effektive Förderung des Ausbaus von **Breitbandnetzen**. -> **technologieneutral**
- Entwicklung und Nutzung von **IT-Sicherheitstechnik** für den Einsatz in Kernbereichen und Schlüsseltechnologien der deutschen Wirtschaft und Industrie.
- **Digitalisierung** als Motor für mehr **Energieeffizienz** nutzen (Energiedaten nutzen)
- EU-weite **Mindeststandards** und bestmöglicher Grad an **Harmonisierung** von Sicherheitsanforderungen (Zertifizierungs- und Standardisierungsprozesse).
- Wettbewerbsneutrale Angleichung von **Regulierungsvorschriften** in den Bereichen Telekommunikation, Informationstechnologie und Medien. -> DMA, DSA
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für **Start-Ups**: Stärkung des deutschen Marktes für Wagniskapital, Förderung Mitarbeiterbeteiligung

Wohnen und Mieten

Der Anstieg der Mieten soll gebremst werden:

- Verlängerung der Mietpreisbremse (vor allem in Großstädten) bis 2029 (aber kein Mietendeckel)
- Mietspiegel berücksichtigt künftig Mietverträge der vergangenen sieben Jahre (bisher vier u. sechs)
- Ab 1. Juni 2022: Beteiligung des Eigentümers an zusätzlich zu Heizkosten zu zahlenden CO2-Preis.

Außerdem

- EEG-Umlage wird seit 2023 an nicht mehr von den Stromkunden, sondern aus dem Bundeshaushalt bezahlt.

Belegung des Wohnungsmarktes

Ein zukünftiges Aktionsprogramm für die Behebung von Engpässen am Wohnungsmarkt sollte folgende Dinge angehen:

- Auf dem Mietwohnungsmarkt muss **zusätzliches Angebot** geschaffen werden – und zwar dort, wo die Nachfrage besonders hoch ist.
- Das geht auf einem Bestandsmarkt nicht von heute auf morgen und nur, wenn langfristig verlässliche Renditeaussichten bestehen. Die **Mietpreisbremse** trägt zur Verschärfung von regionalen Wohnungsengpässen bei und sollte wieder **abgeschafft** werden.
- ➔ Politische Maßnahmen für den Neubau von Wohnungen starten.
- ➔ Um Angebot von Wohnimmobilien zu steigern, müssen Kommunen ermutigt werden, Beschränkungen aufzuheben.
- ➔ Grunderwerbssteuer (bis zu 6,5%) wieder reduzieren, insbesondere bei eigengenutzten Wohnungen. -> hier wurden erste Schritte im Koalitionsprogramm eingeleitet



Ein modernes Einwanderungsgesetz

- **Fachkräfteeinwanderungsgesetz** (tritt am 01.03,2020 in Kraft) erleichtert Nicht-EU-Bürgern mit Berufsausbildung die Einreise. Geduldete, gut integrierte Flüchtlinge sollen **mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt** bekommen.
- Eine große Hürde für qualifizierte Einwanderer in Deutschland bleibt die **Anerkennung des beruflichen Abschlusses**. Diese bleibt im Fachkräfteeinwanderungsgesetz erhalten.
- In Bezirken mit hoher Arbeitslosigkeit können Landesreg. an Vorrangprüfung festhalten: Gleich qualifizierter deutscher Bewerber hat Vorrangsrecht auf offenen Arbeitsplatz.
- Probleme liegen im Detail: Bürokratie und lange Bearbeitungszeiten machen Bewerbern aus dem Ausland den Weg nach Deutschland schwer.

Lösungen:

- Klare und transparente Regeln, wer zur Arbeitsaufnahme legal nach Deutschland kommen darf. -> Umweg über Asylverfahren für nicht verfolgte Menschen wird unattraktiver.
- ➔ Absenkung der Einkommensgrenzen (für Bereiche wie Pflege/Gastronomie wichtig), Punktesystem für Menschen ohne festen Job, Bleiberecht für anerkannte Asylanten mit Job und guter Integration, Nachzug von Familienangehörigen?

Zuwanderung und Migration – Fachkräfte werden weiter abgeschreckt

- **Fachkräfteeinwanderungsgesetz** (tritt am 01.03,2020 in Kraft) erleichtert Nicht-EU-Bürgern mit Berufsausbildung die Einreise. Geduldete, gut integrierte Flüchtlinge sollen **mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt** bekommen.
- In Bezirken mit hoher Arbeitslosigkeit können Landesreg. an Vorrangprüfung festhalten: Gleich qualifizierter deutscher Bewerber hat Vorgriffsrecht auf offenen Arbeitsplatz.

Probleme liegen im Detail

- Bürokratie und lange Bearbeitungszeiten machen Bewerbern aus dem Ausland den Weg nach Deutschland schwer:
 - Termin für Visumsantrag kann je nach Land über ein Jahr dauern, dann über einen Monat für Visumsbearbeitung
 - Anträge können zwar formal online gestellt werden, Arbeitsverträge und Zeugnisse müssen allerdings im Original eingereicht werden; auch Zustimmungsbescheid der BA muss auf Papier vorliegen
 - 600 kommunale Ausländerbehörden als Prüfinstanz für Einwanderungsanträge, viele davon überlastet -> Antragsteller müssen lange warten